2024/51 Thema

https://jungle.world/artikel/2024/51/nrw-islamunterricht-nicht-deradikalisiert-praevention-gescheitert

In Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass Islamunterricht nicht deradikalisiert

Prävention gescheitert

von **Stefan Laurin**

In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung beschlossen, den 2012 eingeführten islamischen Religionsunterrichts bis 2031 fortzuführen. Dabei hat sich die Annahme, durch den konfessionellen Unterricht Jugendliche vor islamistischer Indoktrination zu schützen, als falsch erwiesen.

Die Bundestagsabgeordnete Lamya Kaddor (Grüne) dürfte die bekannteste Lehrerin für islamischen Religionsunterricht in Deutschland sein. Als das Fach noch Islamkunde hieß – der Islamische Religionsunterricht wurde an nordrhein-westfälischen Schulen erst 2012 eingeführt –, arbeitete sie seit 2003 an einer Grund- und einer Hauptschule im Dinslakener Stadtteil Lohberg. »Inzwischen muss ich in den letzten zwölf Jahren weit mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens unterrichtet haben«, schreibt Kaddor in ihrem 2015 erschienenen Buch »Zum Töten bereit: Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen«.

Anlass für das Buch waren 25 Jugendliche aus dem Stadtteil, die sich dem »Islamischen Staat« (IS) angeschlossen hatten und als »Brigade Lohberg« nach Syrien in den Krieg zogen. Fünf von ihnen waren ehemalige Schüler Kaddors. Der Islam habe ein großes Friedenspotential, schreibt sie in dem Buch und glaubt trotz der eigenen Erfahrung, »dass ein religiös gebildeter Jugendlicher den Salafisten nicht so einfach in die Hände fallen würde«.

Neun Jahre nach Erscheinen des Buchs ist der Islamunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen Alltag. Nach Angaben des Schulministeriums wurden im Schuljahr 2022/2023 an 234 Schulen 26 020 Kinder und Jugendliche in dem Fach unterrichtet. Im Schuljahr 2012/2013 waren es nicht einmal 2.000.

> »Der Wunsch, dass der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht einen Beitrag dazu leistet, Radikalisierung zu verhindern, ist nicht in Erfüllung gegangen.« Oliver S., Lehrer

Doch das Fach und seine Lehrkräfte sorgen wiederholt für Diskussionen. Im Frühjahr erregte eine Studie der Universität Münster Aufmerksamkeit, nach der von den 252 Studenten, die sich an elf Hochschulen zu islamischen Religionslehrern ausbilden lassen, sich über die Hälfte von dem von der türkischen Regierung kontrollierten deutschen Islamverband Ditib oder der

Gemeinde von Millî Görüş (IGMG) vertreten fühlen, die vom Verfassungsschutz dem legalistischen Islamismus zugeordnet wird. 55,9 Prozent der Befragten glauben, dass der Westen für die schlechten Bedingungen in vielen islamischen Ländern verantwortlich sei und alles daran setze, den Islam daran zu hindern, wieder zu einer Hochkultur zu werden. Fast die Hälfte (47,2 Prozent) ist der Ansicht, dass der Staat Israel kein Existenzrecht habe. 37,3 Prozent betrachten Juden als ihre Feinde.

Erst im November wurde ein Wuppertaler Islamlehrer kurz nach seiner Verbeamtung vom Dienst suspendiert, nachdem er sich in einer WDR-Reportage islamistisch geäußert und **stolz von seinen Kontakten zur mittlerweile geschlossenen Blauen Moschee in Hamburg** berichtet hatte.

Oliver S. ist Lehrer an einem Gymnasium im Bergischen Land zwischen dem Ruhrgebiet und Köln. Seinen richtigen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen. »Der Wunsch, dass der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht einen Beitrag dazu leistet, Radikalisierung zu verhindern, ist nicht in Erfüllung gegangen«, sagt er. »Fallen muslimische Kinder durch religiösen Extremismus auf, gibt es meiner Ansicht nach keine Unterschiede zwischen Schülern, die an einem solchen Unterricht teilgenommen haben, und denen, die es nicht taten.«

Lehrkräften, die den Grauen Wölfen nahestehen

Man müsse sich auch klarmachen, welche Voraussetzungen die Lehrkräfte erfüllen müssen, um eine Lehrerlaubnis zu erhalten. Ein erfolgreich absolviertes Studium reicht dafür nämlich nicht, man benötigt zudem eine Idschāza, eine Beauftragung zur Erteilung des islamischen Religionsunterrichts an Schulen – so wie auch evangelische und katholische Religionslehrer eine Lehrerlaubnis ihrer jeweiligen Kirche benötigen. »Um die zu erhalten, müssen sie sich zum Beispiel in ihrem Alltag an Grundsätze des Islam halten, brauchen die Bescheinigung einer Moscheegemeinde, dass sie an deren Gemeindeleben teilnehmen, und müssen sich verpflichten, mit einer Gemeinde zusammenzuarbeiten.«

Wenn man bedenke, dass die allermeisten Moscheen in Deutschland von islamistischen und zum Teil offen extremistischen Gruppen wie der Ditib, der Atib, dem Verband der Grauen Wölfe oder Millî Görüş nahestehen, sei allein das ein großes Problem. Er wisse von türkischstämmigen Lehrkräften an deutschen Schulen, die selbst den Grauen Wölfen nahestehen.

Vielen islamistisch orientierten Eltern sei der Religionsunterricht an der Schule dennoch nicht streng genug: »Für die zählt nur, was die Kinder in der Moschee hören.« Besser als bekenntnisorientierter Religionsunterricht wäre nach Ansicht von S. ein Fach, das religionswissenschaftlich ausgerichtet sei: »Es wäre wichtig, wenn Kinder und Jugendliche auch etwas über andere Religionen lernen. Das fördert viel eher Toleranz als ein dogmatischer Unterricht, dessen Ziel es ist, eine Religion zu vermitteln.«

Schwarz-grüne Regierungskoalition steht hinter islamischem Religionsunterricht

Die Regierungskoalition aus CDU und Grünen steht trotz allem hinter dem islamischen Religionsunterricht. »Viele muslimische Eltern wollen den islamischen Religionsunterricht«, sagt Claudia Schlottmann, die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, auf Anfrage der

Jungle World. »Eine regelmäßige Evaluation ist uns hier besonders wichtig. Der islamische Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen ist wie alle Fächer an die Grundprinzipien der Demokratie gebunden.« Arne Lieb, der Pressesprecher der Fraktion der Grünen, sagt: »Wir befürworten den islamischen Religionsunterricht, weil er einen wichtigen Beitrag zur Integration und Gleichberechtigung muslimischen Lebens in Deutschland leistet.«

Während die SPD nicht auf die Anfrage der *Jungle World* reagierte, äußerte sich die FDP kritisch. Sie fordert die Abschaffung des islamischen Religionsunterrichts und setzt sich stattdessen für die Einführung eines für alle Schüler verpflichtenden Ethikunterrichts ein. »Die Entscheidung der schwarz-grünen Landesregierung, den islamischen Religionsunterricht ohne Evaluation und trotz starker Kritik bis zum 31. Juli 2031 zu verlängern, sehen wir als einen massiven Rückschritt für eine transparente und gerechte Bildungspolitik.« Der islamische Religionsunterricht in seiner derzeitigen Form könne ein Einfallstor für extremistische Ideologien sein.

© Jungle World Verlags GmbH